

## Arbeitsmarkt: Von wegen, alles in Butter!

Die Bundestagswahl rückt immer näher. Die Kanzlerin verkündet sonnige Zeiten für Deutschland. Noch nie ging es uns so gut wie heute. Wir hätten Rekordbeschäftigung, die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze nehme zu. Deutschland sei in guten Händen. Auch im TV-Duell zwischen Merkel und Schulz dominierten andere Themen, wie z. B. Flüchtlingspolitik, Russland, Nordkorea, den Schlagabtausch, als sei alles hierzulande in Butter. Geht es uns einfach zu gut?

Nun zu den Fakten: 2003 waren noch 4,37 Mio. Menschen arbeitslos gemeldet, heute nur 2,5 Mio. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg von 36,2 Mio. in 2003 auf 44,3 Mio. im Juli 2017. Immer mehr Menschen finden einen Job. Erlebt Deutschland gerade ein Jobwunder?

Doch hinter dem vermeintlichen Jobwunder seit 2005 verbirgt sich viel mehr ein Anstieg der atypischen Beschäftigung. So nahmen Leiharbeit, geringfügige Beschäftigung, (unfreiwillige) Teilzeitarbeit, Soloselbstständigkeit und Befristungen zu (siehe Abbildung). Nach aktuellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit haben rund 2,7 Mio. Menschen neben ihrer Hauptbeschäftigung noch einen Minijob. Offensichtlich kommen viele Menschen mit ihrem Einkommen nicht über die Runden. Dem gesetzlichen Mindestlohn und den Reallohnzuwachsen zum Trotz.

Beispiel Mindestlohn: Von seiner Einführung profitierten Millionen Beschäftigte. Inzwischen liegt er bei 8,84 Euro und damit unterhalb der Niedriglohnschwelle von 10,22 Euro. Nach Zahlen des Instituts für Arbeit und Qualifikation (IAQ) arbeiten rund 22,6 Prozent aller abhängig Beschäftigten für einen Stundenlohn unter diesem Schwellenwert. Diese Haushalte haben nicht nur mit geringem Einkommen zu kämpfen, sondern müssen auch gleichzeitig mit steigenden Ausgaben für Mieten, Kitaplätze etc. fertig werden.

Doch damit nicht genug. Während das einkommensschwächste Zehntel Einbußen von 7 Prozent hinnehmen musste, konnten die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung in den letzten 20 Jahren ihre Löhne real um 8,5 Prozent steigern. Zudem befeuerten Steuersenkungen für Top-Verdiener die Einkommensungleichheit zusätzlich.

Von Einkommensarmut sind besonders Kinder und Jugendliche betroffen, aber auch bei Menschen mittleren Alters liegt die Wahrscheinlichkeit höher, weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens zu beziehen bei über 10 Prozent. Auch die Altersarmut nimmt stetig zu. Also von wegen alles in Butter bei so viel Ungleichheit.

Klar ist auch, dass Beschäftigte mit Tarifvertrag besser verdienen als „Tariflose“, die eher der Willkür von Arbeitgebern ausgesetzt sind. Doch seit Jahren ist die Tarifbindung rückläufig, u. a., weil Arbeitgeber nicht mehr an den Verhandlungstisch kommen. Deshalb müssen die Tarifverträge, leichter als heute der Fall ist, allgemeinverbindlich erklärt werden. Wenn wir unsere Gesellschaft zusammenhalten wollen, dann müssen wir die Tarifbindung stärken, Niedriglohnsektor zurückdrängen und soziale Gerechtigkeit wagen.

